Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **SV** — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 9 · Olpe, Freitag, den 11. Januar 1924. 84. Jahrg.

Militär und Zivil.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns aus dem Reichstag geschrieben:

Der Gegensatz zwischen Militär und Zivil trat immer dann am schärfsten in die Erscheinung, wenn es sich darum handelte, militärische Maßnahmen und Entschließungen unter politischen Gesichtspunkten, und namentlich unter Berücksichtigung der politischen Psychologie zu treffen. Man hätte es aber doch nicht für möglich halten sollen, daß die verhängnisvollsten Erfahrungen, die wir nach dieser Richtung hin gehend in der Kriegszeit gemacht haben, auch heute sich uns mancherorts wieder aufdrängen, ganz als wenn in den letzten zehn Jahren überhaupt nichts vor sich gegangen wäre.

Der gegenwärtige **Ausnahmezustand** hat den militärischen Stellen eine gewaltige Machtfülle verliehen. Es ist erklärlich, daß diese Organe, einmal im Besitze dieser Macht, sie solange und so stark als möglich beizubehalten trachten. Das darf aber nicht zur Beeinträchtigung politischer, wie überhaupt staatsbürgerlicher Rechte des Einzelnen oder ganzer Gruppen der Bevölkerung führen. An diesem Entwicklungsstadium sind wir aber nun leider angelangt. Es ist teilweise zu Pressevorboten, wie aber auch zu Verboten von Versammlungen gekommen, die ganz unbegreiflich sind. Aus diesen Dingen haben sich nicht nur innerpolitische Schwierigkeiten, sondern sogar schon Rückwirkungen im Ausland selber ergeben, was unter anderem aus der Tatsache hervorgeht, daß militärische Eingriffe gegenüber Zeitungen am dänischen Randgebiet dazu geführt haben, daß dänische Sammlungen für deutsche Kinder eingestellt wurden. Ein besonders krasser Fall von Versammlungsverboten, wie überhaupt der Einstellung gewisser militärischer Instanzen gegenüber den politischen Parteien hat sich in dem schon im Kriege noch dieser Richtung hin merkwürdig hervorgetretenen Militärbezirk von Münster in Westfalen zugetragen. Dort wurde, wie mitgeteilt, zunächst eine Versammlung verboten, in der der sozialdemokratische Abgeordnete und frühere Reichsinnenminister **Sollmann** sprechen wollte. Auf eine Beschwerde ergab sich aus dem Rückbescheid der militärischen Stellen, daß sich das Versammlungsverbot nicht etwa gegen die sozialdemokratische Partei, sondern **grundsätzlich auf alle öffentlichen Versammlungen aller Parteien erstrecke.** Eine derartige Stellungnahme gibt zu den allergrößten Bedenken Anlaß. Ein auch von den übrigen Parteien unternommener Schritt bei dem Oberbefehlshaber ergab die tatsächliche Bestätigung, daß ein **grundsätzliches** Verbot aller öffentlichen Versammlungen vom Wehrkreiskommando Münster erlassen sei. Es befremdete naturgemäß im Lager der Parteien ganz außerordentlich, daß der Oberbefehlshaber sich nicht gegen diese Maßnahme wandte, sondern ihre Tatsache konstatierte, also gewissermaßen stillschweigend sie billigte. Diese Dinge haben nun auch den Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beschäftigt. Die Vertreter sämtlicher bürgerlicher Parteien haben sich gegen die Vorgänge im Wehrkreis Münster ausgesprochen, und sie haben sich fast ohne Ausnahme auch gegen die jetzige Praxis der Militärbehörden unter dem Zeichen des Ausnahmezustandes gewandt. Die Beschwerde Sollmanns wurde für begründet erklärt, und weiterhin gab der Ausschuß durch Vermittlung des Reichstagspräsidenten der Reichsregierung seine Auffassung dahin zum Ausdruck, daß die Ausnahmeverordnung eine gesetzliche Grundlage für ein solches **grundsätzliches** Verbot aller öffentlichen Versammlungen **nicht** biete. Es sei viel mehr im einzelnen Fall zu untersuchen, ob eine Versammlung aus sachlichen oder persönlichen Gründen verboten werden könne.

Diese Vorgänge sind sehr bedauerlich, einmal, weil sie zeigen, daß von bestimmten militärischen Stellen das Verständnis für die politischen Notwendigkeiten und für die zivilen Bedürfnisse auch heute noch nicht durchgedrungen ist, und weil solche Dinge die Stimmung nur beunruhigen und verschärfen können. Auch wir sind der Auffassung, daß die Errichtung des Ausnahmezustandes seinerzeit eine unbedingte Notwendigkeit war, und daß auch die jetzigen Verhältnisse weitgehende Vorsichtsmaßnahmen geboten erscheinen lassen. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande ist die Voraussetzung für die Beordnung der gerade jetzt schwebenden lebenswichtigen innen- und außenpolitischen, wie aber auch wirtschaftlichen Lebensfragen des deutschen Volkes. Aber man muß wünschen, daß gewisse militärische Stellen ein ganz anderes Verhältnis zum sogenannten „Zivil" finden, und daß sie die Dinge doch auch etwas mehr unter dem Gesichtspunkt der Bedürfnisse des öffentlichen Lebens und seiner Funktion betrachten.

Die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages

hielt dieser Tage eine Sitzung ab, welche den Mitgliedern der Fraktion Gelegenheit gab, über die schwebenden innen- und außenpolitischen Fragen sich eingehend auszusprechen. In der sehr gut besuchten und von dem Reichskanzler a. D. **Fehrenbach** geleiteten Sitzung hielt der Reichskanzler **Marx** ein eingehendes Referat über die Arbeiten und Aufgaben der Reichsregierung. Auch die Zentrumsminister

Eine Kundgebung des Reichskanzlers.

Der Sonderbündler-Präsident Heinz erschossen. — Die Kleine Entente und Rußland. — Demokraten und Ausnahmezustand. — Aus dem bayerischen Landtag.

Zur Wiederkehr des Jahrestages des Ruhreinbruchs.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Berlin, 10. Januar.

Der Reichskanzler erläßt anläßlich der Wiederkehr des Jahrestages des Ruhreinbruches folgende Kundgebung:

Am 11. Januar jährt sich der Tag, an dem französische und belgische Truppen unter **Verletzung des** Versailler Friedensvertrages deutsches Land an der Ruhr mit Waffengewalt besetzt haben. Eine Zeit schwerster Leiden und Prüfungen ist der Bevölkerung des alt- und neubesetzten Gebietes seit jenem schwarzen Tag bereitet worden. Tausende von Deutschen wurden mit ihren Familien von Haus und Hof vertrieben. Ueber 2000 **Gefangene** harren noch in den Gefängnissen der fremden Besatzungsmächte ihrer Befreiung. Die Verbrechen, die ihnen zur Last gelegt wurden, waren Gehorsam gegen die Gesetze des Landes und Treue zur Heimat. Die Mißhandlungen, begangen von weißen und farbigen Truppen, haben in der Bevölkerung das Gefühl losgelöst, daß sie restlos fremder Gewalt preisgegeben waren. Diese Gefährnisse werden noch unerträglicher gestaltet durch die schamlosen Uebergriffe landfremden, käuflichen Separatistengesindels, dessen Treiben ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker bedeutet. An alle diejenigen in der Welt, welche sich noch menschliches Empfinden und völkerrechtliches Denken bewahrt haben, appelliere ich, mit uns dahin zu wirken, daß der Rechtszustand im besetzten Gebiet wiederhergestellt wird und vor allem die unschuldig im Gefängnis schmachtenden Deutschen ihrer Familie endlich wieder zurückgegeben werden und die Vertriebenen in ihre Heimat zurückkehren können. Alle Leiden und Bedrückungen, denen die Bevölkerung der besetzten Gebiete im abgelaufenen Jahr ausgesetzt waren, werden sie nicht wankend machen können in ihrer Treue zum deutschen Vaterland. Allen Deutschen ist gerade durch die bedeutsamen Erfahrungen der letzten Monate die Ueberzeugung vertieft worden, daß besetztes und unbesetztes Gebiet nicht ohne einander leben können, daß sie auf ewig zusammengehören. Auch das unbesetzte Deutschland hat unter den Auswirkungen des an Rhein und Ruhr geführten Kampfes schwer gelitten. Die Abschnürung der Herzkammer unserer Wirtschaft hat unsere Hilfsquellen bis zur vollen Erschöpfung geschwächt. Aber diese Folgen sind gering, gemessen an dem, was das Rheinland und Westfalen tagtäglich um Deutschlands willen haben auf sich nehmen müssen, und freudig wird jeder Deutsche auch in Zukunft mit den Brüdern in den besetzten Gebieten teilen: **Rhein und Ruhr sind deutsch und müssen deutsch bleiben.** Als Kanzler des Deutschen Reiches und als Sohn unserer geliebten rheinischen Heimat danke ich heute den Brüdern und Schwestern an Rhein und Ruhr, in der Pfalz und an der Saar für ihre treues Ausharren und entbiete ihnen meinen heißen Segenswunsch in der Hoffnung, daß der Tag der Befreiung von der fremden Besatzung und der endgültigen Wiedervereinigung mit dem unbesetzten Deutschland nicht mehr fern sei. Kein Opfer wird zu groß sein, um dieses Ziel zu erreichen. **Es lebe das einige, und unteilbare Deutschland.**

gez Dr. Marx.
Reichskanzler.

Ermordung eines Hochverräters.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Paris, 10. Januar.

Havas verbreitet folgende Meldung aus Mainz:

Der Präsident der separatistischen Regierung der Pfalz, **Heinz aus Orbis (Pfalz)**, wurde gestern abend **halbneun Uhr** in einem **Restaurant** in Speyer **ermordet**, als er das Essen einnehmen wollte. Drei Männer erschienen in dem Restaurant, riefen „Hände hoch!", feuerten, und Heinz stürzte zu Tode getroffen nieder. Einer seiner Begleiter wurde leicht verletzt. Die Mörder ergriffen die Flucht, ihre Persönlichkeiten konnten nicht festgestellt werden. Die Polizei und die Besatzungsbehörden haben Haussuchungen in der Pfalz veranstaltet. Man glaubt, daß die Mörder im Auftrage einer nationalistischen Organisation gehandelt haben.

Berlin, 10. Januar.

Zur Ermordung Heinz' aus Orbis sagt die Germania:

Das Treiben der Separatisten sei nichts anderes als Hochverrat. Gut sei es, daß die gestrigen Schüsse die Aufmerksamkeit der Welt auf das skandalöse Verhalten der Separatisten in der Pfalz gelenkt habe.

Die „Post" schreibt: Das vorgefallene Attentat ist eine Volksjustiz gegenüber den geradezu unerhörten Ausschreitungen und Herausforderungen, die sich die Separatisten nun schon seit langem anmaßen.

Das „Tageblatt" sagt: Das Attentat sei ein Ausbruch der tiefsten Seele der Bevölkerung, die schon seit Monaten die Willkürherrschaft der Separatisten in der Pfalz ihrer Selbstbestimmungsrechte beraubt wurde.

Die „Zeit" schreibt, die Pfalz lasse sich nicht durch Terror zwingen. Dieser Vorfall gebe der Besatzungsbehörde einen Wink, damit durch weitere Vorgänge ähnlicher Art die Gefahr neuer Explosionen verhütet werde.

Der „Vorwärts" schreibt, der allein Schuldige sei die französische Regierung mit ihrer in der Pfalz betriebenen unehrlichen und dem Friedensvertrag und dem Rheinlandabkommen hohnsprechenden Politik. Nur die Wiederherstellung des Rechts könne weiteres Unheil verhüten.

Die Konferenz der Kleinen Entente und die russische Frage.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Paris, 10. Januar.

Dem Matin wird aus **Belgrad** zu der bevorstehenden Konferenz der Kleinen Entente mitgeteilt, was die russische Frage angehe, seien die Ansichten geteilt. Während **Rumänien** es für wünschenswert hielt, die diplomatischen und Handelsbeziehungen zwischen den Sowjets zu erneuern, falls Rußland sich verpflichte, für alle spätere Zeit den derzeitigen status quo an der westlichen Grenze Rußlands zu respektieren, stehe die **südslawische Regierung** auf dem Standpunkt, daß Rußland dort die Politik der Vereinigten Staaten und Frankreichs befolgen müsse.

Gegen den Ausnahmezustand.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Berlin, 10. Januar.

Wie das Tageblatt meldet, hat der **Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände** einen einstimmigen Vorstandsbeschluß gefaßt, der die **unverzügliche** Aufhebung des militärischen und zivilen Ausnahmezustandes verlangt. Der Gewerkschaftsring umfaßt die meisten auf demokratischem Boden stehenden Arbeiter. Es wurde eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der gelagt wird, daß die Fortdauer des Ausnahmezustandes verbitternd und aufreizend wirke. Für das deutsche Volk und den Staat als solchen stände der Verlust der inneren Autorität auf dem Spiel. Es könne weiterhin durch den Ausnahmezustand der Eindruck innerer Schwäche und Unsicherheit hervorgerufen werden.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

München, 10. Jan.

Der Verfassungsausschuß des Landtags lehnte nach längerer Aussprache die Anträge der Sozialdemokraten auf **Verminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten** um die Hälfte und einen Antrag der bayrischen Volkspartei auf **Herabsetzung der** Landtagsmandate auf 95 Abgeordnete **ab.** Dagegen fand die Regierungsvorlage **Annahme**, wonach die Zahl der **Landtagsabgeordneten** auf 99 und die Zahl der Landesmandate auf 15 **vermindert** werden soll. Da aber die Abstimmung im Plenum eine Zweidrittelmehrheit erfordert, und mit einer Annahme des Regierungsentwurfs noch nicht zu rechnen ist, beschloß der Ausschuß, im Plenum einen Eventualantrag einzubringen für den Fall einer Ablehnung des Regierungsentwurfs. Der Ausschuß beschloß weiter einstimmig, an den bisherigen 8 Wahlkreisen festzuhalten, während die Regierungsvorlage diese auf 4 vermindern will.

Richtlinien bez. der Genehmigung von Versammlungen.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Berlin, 10. Januar.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat General von **Seeckt** vor einiger Zeit Richtlinien bezüglich der Genehmigung von Versammlungen erlassen. Danach sind **Versammlungen unter freiem Himmel** in der Regel zu **verbieten. Versammlungen in geschlossenen Räumen sind genehmigungspflichtig.** Sie können verboten werden, wenn es sich um verbotene Organisationen handelt, oder wenn Störungen der öffentlichen Ordnung und Ruhe zu befürchten sind. **Abgeordnete sollen** im allgemeinen zu ihren Wählern sprechen dürfen. Geschlossene Mitgliederversammlungen sind zu gestatten, außer für verbotene Organisationen. **Anmeldepflicht** besteht für die Versammlungen im übrigen **nicht.**

Arbeitszeitordnung für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Berlin, 10. Januar.

Der Reichsarbeitsminister hat den von den Gewerkschaften abgelehnten **Schiedsspruch**, der für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau unter wie über Tage die Leistung von **Mehrarbeit** vorsieht, für **verbindlich** erklärt: Auf der Grundlage der im Schiedsspruch geregelten längeren Arbeitszeit haben die Tarifparteien einen **Schichtlohn** von durchschnittlich 4,— M. einschließlich Teuerungszulagen vereinbart.

Besorgniserregende Schneeschmelze in Sachsen.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Dresden, 10. Jan.

Nach dem starken Schneefall und Frostwetter der letzten Tage ist auch hier in der vergangenen Nacht ein Umschlag mit **Tauwetter** eingetreten. Die Schneemassen haben sich im Erzgebirge und in der sächsischen Schweiz hoch aufgetürmt. Zwischen den Stationen Stolpen und Langenwolmsdorf ist **ein Zug steckengeblieben.** Ein abgesandter Hilfszug mußte infolge der Schneewehen wieder umkehren. Das Treibeis der Elbe ist vor einigen Tagen bei Wehlau schon an der böhmischen Landesgrenze zum Stehen gekommen. Es besteht ernste Besorgnis für die plötzlich eintretende Schnee- und Eisschmelze.

Dr. **Brauns** und Dr. **Höfle** ergriffen im Laufe der Debatte das Wort. In der Aussprache wurden alle schwebenden wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen eingehend erörtert, und die aus verschiedenen Entwicklungen der letzten Zeit sich ergebenen Wünsche und Forderungen auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschaft und Politik wurden formuliert, um sie den zuständigen Stellen zu unterbreiten. Einmütige Annahme fand unter anderem folgende **Entschließung** der Zentrumsfraktion.

„Die Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages stellt mit Bedauern fest, daß bei der Durchführung der an sich notwendigen Personalabbau-Verordnung Härten vorgekommen sind, die selbst durch die Rücksicht auf die finanzielle Notlage des Reiches nicht als gerechtfertigt erachtet werden können. Insbesondere wendet sie sich gegen

1. Die Verordnung, durch welche **alle** oberschlesischen Flüchtlingslehrer- und lehrerinnen, die bisher noch keine Wiederanstellung erlangt haben, **ohne Berücksichtigung der sozialen Personalabbau-Grundsätze** in den einstweiligen Ruhestand **versetzt** werden, und gegen

2. die Ausdehnung des Personalabbaus auf die Opfer des passiven **Widerstandes** an Rhein und Ruhr (Gefangene und Verdrängte), namentlich die **unterschied- und schrankenlose Entlassung** Tausender derartiger Angestellten und Arbeiter der Reichsbahn.

In beiden Fällen wirken die Abbaumaßnahmen umso härter, als die Personen treffen, welche an gefährdeter Stelle für das Vaterland gekämpft, gearbeitet und gelitten haben.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, in eine Nachprüfung der oben angeführten Maßnahmen einzutreten und im gleichen Sinne auf die Regierungen der Länder einzuwirken."

Diese Entschließung wurde auch der Reichsregierung zur Kenntnisnahme übermittelt.

Ueber die nächste Fraktionssitzung wurde ein bestimmter Entschluß nicht gefaßt. Für den 20. und 21. Januar ist eine Tagung des Reichsparteivorstandes und des **Reichsparteiausschusses** im Reichstage vorgesehen. Dieser Tagung kommt mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen, eine ganz außerordentliche Bedeutung zu.

Parteikrise bei den Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokraten befindet sich in einer schweren Parteikrise. Von Sachsen aus geht das Unheil. Jetzt rächt es sich, daß die Sozialdemokraten außerhalb Sachsens, namentlich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Vorstand der sozialdemokratischen Gesamtpartei der Entwicklung in Sachsen vielzulange tatenlos zuschauten, ja sie sogar noch deckten. Man braucht nur daran zu erinnern, welche Angriffe die bürgerlichen Parteien und die Reichsregierung wegen ihres Vorgehens gegenüber Sachsen von sozialdemokratischer Seite gefunden hat.

Nun hat in Sachsen ein Landesparteitag stattgefunden, dessen Verhandlungen nach den eigenen Worten des Mitgliedes des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Wilhelm Dittmann, „bewiesen haben, in welch erschreckendem Maße sich die Führung der in der sächsischen Parteigenossenschaft seit einigen Monaten vorherrschenden Richtung bereits in den Schlingen verfangen hat, die von den kommunistischen Demagogen ausgeworfen worden sind." Es ist eine Ironie der Geschichte, daß Wilhelm Dittmann, früher der Radikalste einer, und mit der lauteste Rufer bei der Trennung der Unabhängigen von der alten Sozialdemokratie, nun heute das Wort ergreifen muß, um diesen linksradikalen Elementen in Sachsen mit größter Entschiedenheit entgegenzutre-

ten. Der sächsische Landesparteitag hat sich in schroffsten Gegensatz zu der Mehrheit der Landtagsfraktion gestellt. Er hat dieser das schärfste Mißtrauen ausgesprochen, sodaß es in Sachsen also zu einem offenen Parteikonflikt gekommen ist. Der sozialdemokratische Parteivorstand wird die Angelegenheit dem zum 30. März einberufenen Parteitage unterbreiten, und er scheint entschlossen zu sein, dort in der Tat eine klare und unzweideutige Stellung zu den Dingen in Sachsen herbeizuführen. Es ist sehr bemerkenswert, was das schon erwähnte sozialdemokratische Parteivorstandsmitglied Wilhelm Dittmann über die jetzigen Dinge in Sachsen sagt. In diesen Ausführungen im Vorwärts heißt es u. a.:

„Als einer der Führer, der ehemaligen USP. muß ich bekennen, daß die Atmosphäre dieses sächsischen Landesparteitages mich zurückversetzte in die schlimmsten Zeiten der USP vor der Spaltung in Halle. Auch damals herrschte die Einstellung: Unter allen Umständen zusammen mit der KPD., selbst unter Preisgabe der politischen Selbständigkeit und der Würde der eigenen Partei! Dasselbe jetzt in Sachsen. In Sachsen wird jetzt dasselbe treulose Spiel betrieben, das fühlt jeder, der die dortige Parteiatmosphäre kennt. Verblendete und Unerfahrene glauben, durch fortgesetztes würdeloses Herlaufen hinter den Kommunisten bei diesen moralische Eroberungen machen zu können. Das ernste politische Problem, vor dem unsere Partei jetzt in Sachsen steht, ist deshalb die geistige u. politische Loslösung der Partei von der Umfrictung und Umklammerung durch die Kommunisten, in die sie durch ihre unglückselige Politik des letzten Jahres hereingeraten ist."

Die Vorgänge in Sachsen sind für die Sozialdemokratie allerdings eine sehr ernste Lehre. Der Widerstreit zwischen der staatlichen Einstellung und der damit sich ergebenden politischen und parlamentarischen Verantwortung einerseits, und den agitatorischen Bedürfnissen der Sozialdemokratie andererseits ist in den letzten Jahren nicht so scharf in die Erscheinung getreten, wie jetzt in Sachsen. Die Regelung der sächsischen Dinge wird erweisen müssen, ob die Sozialdemokratie als Gesamtpartei noch die Zügel in der Hand hat, oder ob sie dem radikalen Druck unterliegt.

Eine neue Partei?

Die Reichstagswahlen werfen auch diesmal ihre Schatten voraus, insofern, als sich, was sich ja nun einmal bei der deutschen politischen Einstellung ganz von selber versteht, schon eine Reihe jetzt bestimmter Gruppen zusammenfindet, die versuchen, „neue Parteien" zu bilden. So hat jetzt in Berlin eine Tagung stattgefunden, welche die „Schaffung einer neuen, auf parteimäßige Grundlage gestellten Organisation, zur Sammlung aller, heute heimatlosen Republikaner bezwecke. In Presseberichten heißt es, daß Politiker, die jetzt im Lager des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten stehen, die Ziele der neuen Partei begrüßten. Man verschweigt aber wohlweislich den Namen und nähere Nachforschungen haben auch schon ergeben, daß irgendwie beachtliche Kräfte hinter dieser Bewegung absolut nicht stehen. Man hat ganz willkürlich den Rednern Parteibeziehungen beigemessen, und schon erklären sämtliche genannte Parteien, daß sie mit den Dingen nicht im entferntesten etwas zu tun haben.

Die Vorgänge in Thüringen.

WTB Dem Vernehmen nach ist nunmehr gegen den Minister **Hermann** und den Regierungsassessor **Kunze** die öffentliche Anklage durch Beantragung der Voruntersuchung erhoben worden. Der Untersuchungsrichter des Landgerichtes hat die Haftbefehle bestätigt und zwar wegen schwerer Urkundenfälschung.

Im Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird hinsichtlich der Vorkommnisse in Thüringen einhellig die Ansicht vertreten, daß der Kampf gegen die thüringische Regierung ein parteipolitisches Manöver zur Erzielung einer bürgerlichen Mehrheit bei der bevorstehenden Landtagswahl sei. Die gegen den verhafteten Minister Hermann erhobenen Beschuldigungen rechtfertigten seine Verhaftung nicht, da weder Verdunkelungs- noch Fluchtverdacht vorliege.

Nach einer Meldung des „Tag" aus **Weimar** ist eine **Einheitsliste der bürgerlichen Parteien** (mit Ausnahme der Völkischen) doch **zustandegekommen.** Die Beratungen für die Einheitsliste des bürgerlichen Bundes, des sogenannten Einheitsbundes, sind in den vier Wahlkreisen völlig beendet.

Reichsfinanzminister Dr. Luther zum Sturz des französischen Franken.

WTB Reichsfinanzminister Dr. Luther erklärte einem Vertreter des WTB zu den Darlegungen des französischen Finanzministers De Lasteiry, die Behauptung, eine **Versammlung deutscher Bankiers in Frankfurt** habe beschlossen, den Franken zu stürzen, sei **unrichtig.** Eine solche Versammlung habe nie stattgefunden. Zu der Behauptung, Deutschland habe seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllt, verwies der Minister auf das Urteil des amerikanischen Institut of economi, wonach Deutschland über 25 Milliarden Goldmark bezahlt habe. Die wirkliche Ursache des Frankensturzes sei in der **wachsenden Abneigung der Wirtschaftskreise aller Länder** gegen die militaristische Politik Frankreichs zu suchen, sowie ferner in den Rückwirkungen der französischen Rhein- und Ruhrpolitik, die die deutsche Zahlungsfähigkeit schädige, wie auch den französischen Kredit. Solange diese Politik Frankreichs andauere, könne Deutschland keine Reparationen in nennenswertem Umfange leisten, und der französische Etat werde ein wachsendes Defizit aufweisen.

Die Neuorganisation der Reichsbahn.

() **Berlin,** 10. Jan. Am Mittwoch trat im Reichsverkehrsministerium der **Organisationsausschuß** zusammen, der über die Neuorganisation bei der Reichsbahn und über die Möglichkeiten der künftigen Gestaltung ihrer Betriebsform beriet.

Ein neuer Sonderbündlerputsch in Sicht.

WTB Die „Rheinische Zeitung" schreibt: Nach zuverlässigen Meldungen holen die Separatisten zu einem neuen großen Putsch aus. Sowohl aus der Pfalz wie aus den noch besetzten Städten des Rheinlandes kommen gleichlautende Meldungen, daß die Separatisten aufs Neue glauben, daß ihre Stunde jetzt gekommen sei. Die Putschbewegung wird durch die Anerkennung der sogenannten vorläufigen Regierung der autonomen Pfalz stark ermutigt.

Der neue Oberbürgermeister von Hamburg.

WTB **Hamburg,** 10. Jan. Zum Bürgermeister und Präsidenten des Hamburger Senats wurde Dr. jur. **Petersen** gewählt.

Bürgermeister Petersen erklärte bei einem Empfang von Pressevertretern, die Annahme seiner Wahl zum Ersten Bürgermeister Hamburgs bedeute selbstverständlich seinen Abschied aus der aktiven Parteipolitik. Er werde auch aus dem Reichstage austreten. Er habe fortan nur ein Lebensziel: aufrichtig Hamburg zu dienen. Er verwies besonders auf die **Aufgaben Hamburgs,** besonders bei den **Beziehungen zwischen Deutschland und Uebersee.** Ein Hamburg, das die Aufgaben erfülle, die das Reich ihm stellen würde, erwarte, daß seine Stimme im Reichstage, bei den Beratungen der Reichsministerien und den Konferenzen der deutschen Länder mit Achtung gehört werde. Hamburgs Wohlergehen werde immer Deutschlands Wohlergehen sein, wie Deutschlands Wohlergehen das Hamburgs sein werde.

Marie v. Olfers †.

Nach der Voss. Zeitung ist im Alter von 97 Jahren Marie v. Olfers in ihrer Wohnung **verbrannt.** Als sie eine glühende Kohle aufheben wollte, fing ihr Kleid Feuer und die Greisin wurde von den Flammen getötet, ehe man ihr Hilfe bringen konnte. Auf Marie v. Olfers, die noch **Goethe** gekannt hat, hat Wilhelm Müller die Lieder der schönen Müllerin gedichtet.

Erwerbslosenunruhen in Duisburg.

WTB **Köln,** 10. Jan. Die Kölnische Zeitung meldet aus Duisburg: Hier kam es gestern nachmittag zu größeren Kundgebungen in mehreren Gegenden der Stadt. Zahllose Scharen von Erwerbslosen sammelten sich in der ganzen Stadt und durchzogen die Straßen. In den meisten Fällen konnte die Schutzpolizei, die in erhöhter Alarmbereitschaft lag, die Kundgeber auseinandertreiben. Von der Schutzpolizei wurden **Schüsse** abgegeben. Auf mehrere Geschäfte der Stadt wurden Sturmversuche unternommen, die aber von der Schutzpolizei in ihren schlimmsten Auswirkungen verhütet werden konnten. In der Nähe des Kuhtors wurden mehrere Schaufensterscheiben und die Fensterscheiben eines Kaffeehauses eingeschlagen. In **Hochfeld** wurden auf dem Rheinischen Stahlwerk, Werk 3, die Werktore durch Aexte zertrümmert. Die Markenkontrolle beim Portier wurde geraubt, doch konnte im letzten Moment die Schutzpolizei die Angreifer auseinandertreiben.

∅ Das umworbene Rußland.

Ueber die Handelskonzessionen in Sowjetrußland gibt eine interessante Darstellung Auskunft, die der Sowjetkommissar **Litwinow** in einem englischen Blatte vornimmt. Er berichtet, daß in den letzten anderhalb Jahren **über 800 ausländische Kapitalsangebote an Sowjet-Rußland** gekommen sind. Vornehmlich beteiligt sind an diesen Anerbietungen **Deutschland** und **England.** Deutschland hat bisher auch die größten Konzessionen im Rußland erhalten, an deren Spitze die Molega, die deutsche große Holz- und Eisenbahnkonzession steht. Dieser Gesellschaft steht nicht weniger als eine Million Desjatinen Bodenfläche zur Verfügung. Eine zweite große Gruppe stellt die Kruppsche Ackerbaukonzession mit 25 000 Desjatinen dar. Bei dieser Gruppe ist zur Hälfte englisches Kapital vertreten. Es folgt dann eine ganze Reihe von anderen deutschen Kapitalbeteiligungen. An zweiter Stelle im Kreis der Kapitalbeteiligungen rangiert heute England, dann folgt **Amerika.** Es handelt sich hierbei teils um ganz neue Konzessionen, teils aber um den Wiederaufbau von Industrien, die schon vor dem Kriege bestanden. und von englischem oder amerikanischem Kapital finanziert wurden. Sehr gering ist bis jetzt die Beteiligung **Frankreichs** an solchen Konzessionen. Die russische Regierung hat überhaupt eine offizielle Zulassung des französischen Kapitals bis jetzt noch garnicht vollzogen. Soweit französisches Kapital investiert ist, handelt es sich nur um private Engagements. Rußland benutzt diese Konzessionsfrage gegenüber Frankreich als **Druckmittel,** um von Frankreich die offizielle Anerkennung zu erlangen.

[] Der Abbruch der wirtschaftlichen französisch-russischen Beziehungen.

Nach Pariser Meldungen hat die Sowjetregierung ihre in Paris ansässigen **Handelsbüros** angewiesen, **ihren Sitz nach London zu verlegen.** (Vgl. Nr. 6 S. B.) Diese Tatsache ist geeignet, das größte Aufsehen hervorzurufen. Die Maßnahme der Sowjetregierung kommt tatsächlich auf einen Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland hinaus. Offenbar beabsichtigt die Sowjetregierung **nicht eine endgültige** Einstellung der gerade in letzter Zeit mit verstärktem Nachdruck geführten französisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen. Aber es soll ganz zweifellos ein Druck auf Frankreich ausgeübt werden, einmal dahingehend, gewissen handelspolitischen Erschwerungen von französischer Seite ein Ende zu machen, andererseits aber die französische Regierung zu zwingen, die Sowjetregierung anzuerkennen, und offizielle diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Heute Uebergabe der belgisch-französischen Antwortnote.

WTB Wie Havas berichtet, wird die Antwortnote an die deutsche Regierung dem deutschen Geschäftsträgern jedenfalls am Freitag übergeben werden.

Trotzki und Lenin.

WTBll **Moskau,** 10. Jan. Die Moskauer Blätter veröffentlichen, wie die russische Telegraphenagentur meldet, ärztliche Feststellungen über den **Gesundheitszustand Trotzkis,** denen zu entnehmen ist, daß Trotzki am 5. Dezember an Grippe erkrankte. Der allgemeine Körperzustand ist geschwächt. Die Arbeitsfähigkeit hat nachgelassen. Angesichts des langwierigen Charakters der Krankheit, die unter den örtlichen klimatischen Bedingungen eine Verschlimmerung erfährt, sei es notwendig, den Kranken unverzüglich zur Durchführung einer klimatischen Kur einen Urlaub von mindestens 2 Monaten zu gewähren.

Von Mitgliedern des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, die in den letzten Tagen Gelegenheit hatten, Lenin zu besuchen, wird mitgeteilt, daß das **Befinden Lenins** sich bedeutend **gebessert** hat. Er wird in den nächsten Monaten seine Arbeitsfähigkeit wieder erlangt haben.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

(**) **Olpe,** 11. Jan. Nachdem wir vorgestern erneut leichten Schneefall hatten, trat im Laufe des gestrigen Tages bei veränderter Windrichtung und tiefem Barometerstand **Tauwetter** ein. Im Laufe des Abends stellte sich auch Regen ein, der hoffentlich nicht allzulange anhält. Denn wenn all die gewaltigen Schneemassen durch Regen fortgespült würden, könnte man sich auf stärktes Hochwasser gefaßt machen. Es ist gut, daß der Boden unter der Schneedecke nicht gefroren ist, sodaß er imstande ist, größere Wassermengen in sich aufzunehmen.

)(**Olpe,** 11. Jan. **Zu der Frage der Milchversorgung** macht die Landwirtschaftskammer folgende Mitteilungen: „Ein Hauptgrund für die beklagenswerten Zustände ist in der Beibehaltung der Zwangswirtschaft zu erblicken, durch welche es immer noch verhindert wird, daß die Erzeuger ihre alten Lieferverbindungen wieder aufnehmen. Schon am 31. Oktober 1923 ist in dieser Hinsicht ein Antrag an den Oberpräsidenten gerichtet, dahin zu wirken, daß in den Gemeinden, in denen früher eine unmittelbare Belieferung mit Milch der Verbraucher durch die Erzeuger stattgefunden hat, dieser Zustand baldigst wieder hergestellt werde. Einen Erfolg hat die Vorstellung bisher leider hier nicht gehabt."

00 **Olpe,** 11. Jan. **(Sparguthaben und Aufwertung.)** Ueber die Aufwertung von Sparguthaben verlautet noch nichts. Wohl wird darüber berichtet, daß eine Großbank bereits kleinere Konten abschließt und auflöst, wie es scheint, um einer etwaigen Aufwertung durch rücksichtsloses Streichen der Sparkonten zu entgehen. Es wird Zeit, daß die öffentlichen **Sparkassen** sich dieser Frage annehmen. Wir wollen hoffen, daß vor allem die treuen, guten Sparer, die in der Vorkriegszeit ihre Notgroschen zur Kasse gebracht haben, bei dem jetzigen Eintritt ruhiger und stetigerer Verhältnisse wenigstens einigermaßen für die Verluste entschädigt werden, die sie durch die Geldentwertung gehabt haben, **während es** doch den **Sparkassen gelungen** ist, ihre **Wirtschaftskraft zu erhalten und auszubauen.**

w **Olpe,** 11. Jan. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, enthält die Verordnung über die Rechtsverfassung und die Strafrechtspflege vom 4. Januar 1924 eine Reihe von aus finanziellen Gründen erforderlichen Maßnahmen, die bereits am 15. Januar in Kraft treten und bis zum 31. März 1924 gelten sollen. Danach entscheidet in **Strafsachen statt des Schöffengerichts der Amtsrichter** allein. Die zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörenden Strafsachen werden der **Strafkammer** zugewiesen. Das Verfahren der **Privatklagesachen** ruht. Bei Uebertretungen und Vergehen ist eine Berufung ausgeschlossen, wenn auf Freispruch oder ausschließlich auf Geldstrafe erkannt wird. Weiter enthält die Verordnung eine grundlegende Aenderung der Verfassung des Strafgerichts und eine Reihe von Verfahrungsvorschriften. Diese Vorschriften sind für die Dauer bestimmt. Sie werden, so weit sie provisorischer Natur sind, ab 1. April in Kraft treten. Danach **fallen die Strafkammer als Gerichte erster Instanz fort.** Die **Amtsgerichte** werden für sämtliche bisher zur Zuständigkeit der **Schöffengerichte** und der **Strafkammern gehörenden Strafsachen zuständig** sein, sowie auch für einen Teil der Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörenden Verbrechen. Bei

---

Nur ein Mädchen.

Eine einfache Erzählung aus dem Leben.

5) **Von B. v. Winterfeld.**

„Wie könnte das wohl einmal anders sein, Linchen?" erwiderte er und drückte ihre kleine Hand zur Bekräftigung. „Wir bleiben Freunde durch dick und dünn!"

* * *

Als Lina ihr sechszehntes Jahr vollendet hatte, beschlossen ihr Vater und ihre Großmutter, sie, bevor sie für erwachsen gelten sollte, auf ein Jahr in ein Berliner Pensionat zu geben. Sie war daheim nur von Erzieherinnen unterrichtet worden, und in der Nachbarschaft waren wenig Altersgenossinnen zum Verkehr gewesen. So war sie ziemlich allein aufgewachsen, und die Ihren dachten, eine Zeit in dem anregenden Pensionat, wo man nicht nur die Wissenschaften pflegte, sondern auch den Sinn für Kunst zu wecken suchte. Die Besuche von Bildergalerien, Konzerten, Theatern würde auf Lina wohltuend wirken, ihren Geist bereichern, ihren Gesichtskreis erweitern. Anfangs war ihr der Gedanke an die Trennung von ihrem geliebten Vater und von Waldenstein unerträglich gewesen, aber sie fand sich schließlich in das Unvermeidliche.

Heino sollte im Herbst nach Heidelberg gehen, um Kolleg zu hören, wenn ihm seine noch immer schwache Gesundheit auch verbot, einem Korps beizutreten.

Es war der vorletzte Tag des allsommerlichen Beisammenseins in Waldenstein. Heino und Lina kamen von einem weiten Spazierritt durch den schönen Buchenwald. Es galt einmal wieder Abschied nehmen von allem Liebgewordenen — für ein langes Jahr, wie sie es ja von klein auf immer um diese Zeit gewußt.

„Linchen, die Trennung wird mir jedes Jahr schwerer," sagte Heino gepreßt.

„Mir auch," erwiderte sie traurig.

Der Weg war schmal, und ihre Pferde mußten dicht nebeneinandergehen, das dichte Unterholz färbte sich schon gelb und rot.

„Wie schön ist es doch hier," sagte Lina, „wie werde ich mich nach der stillen Waldluft sehnen in dem duftigen, lauten Berlin!"

Sie reichten sich stumm die Hände, lösten sie aber plötzlich wieder, als bei einer scharfen Biegung des Waldweges ein junger Offizier sein Pferd dicht vor ihnen zum Stehen brachte. Es war Franz, der seit kurzem als Leutnant bei dem Husarenregiment in der nahen Garnisonstadt stand.

„Das ist ja eine charmante Ueberraschung, meine Herrschaften!" rief er, „ich darf Sie wohl ein Stück begleiten?" Und ohne die Zustimmung abzuwarten, hatte er sein Pferd gewandt und stellte sich an Linas Seite. „Wann denken Sie denn Ihr Kloster zu beziehen, gnädigste Komtesse?"

„Sie meinen die Pension?" Ich reise morgen ab," sagte sie mit zitternder Stimme, der man es anhörte, daß sie sich zusammennahm, um nicht zu weinen.

„Nun, Sie scheinen nicht sonderlich erfreut — verdenke es Ihnen wahrlich nicht!"

Das junge Mädchen hatte keine Lust zu einer weiteren Unterhaltung und trieb ihr Pferd an, um etwas vorauszureiten. So kam Franz an Heinos Seite.

„Ist ja eine unglaubliche Idee vom Alten, ein so entzückendes Geschöpf noch in eine Pension zu schicken," begann ersterer leise, indem seine Blicke wie gebannt an der vorausreitenden Lina hingen. „Komtesse Lina ist ja einfach bildhübsch geworden. Donnerwetter! Diese Figur, wie eine Elfe, und diese Bewegungen, und dies süße Gesicht, und bei dem allem die Manieren einer kleinen Königin! Die wird noch mal Furore auf den Bällen machen!"

„Ich bitte dich, höre auf!" rief Heino empört.

„Aber weshalb denn? Ich sage doch nur einfach, was meine Augen sehen! — Du bist wirklich zu beneiden um diese Cousine, Heino!"

Franz lachte, als er sah, wie bei seinen Worten tiefe Röte über das sonst so blasse Gesicht des anderen zog. Es war Zornesröte, denn ihm war, als würde Lina durch die Worte und Blicke des jungen Offiziers entweiht.

Das junge Mädchen war so weit vorausgeritten, daß sie nichts von der Unterhaltung vernommen hatte. Als sich Franz endlich verabschiedet und beide wieder allein waren, sagte Lina aufatmend:

„Gut, daß er fort ist."

„Ja," meinte Heino nur, und dann blieb er still.

So war es ja immer gewesen, solange sie Franz kannten — immer hatte seine Gegenwart einen Mißton hervorgebracht. Wieder und wieder mußte Heino an die Worte Franzens denken, und zum ersten Male sah er Lina mit anderen Augen an als bisher. Er sah die biegsame, elfenartige Gestalt, die graziösen Bewegungen, das schmale, reizende Oval ihres Gesichts, das das goldige Lockenhaar, das im Nacken zu einem Knoten verschlungen, wundervoll lieblich umrahmte. Er sah den Liebreiz der ganzen Erscheinung, wie er ihn früher nicht gesehen, und dann klang es wieder in seinen Ohren: „Du bist zu beneiden um diese Cousine."

Es strömte ihm heiß zum Herzen.

„Was ist dir, Heini?" fragte ihre sanfte Stimme, „bist du müde?"

„Nein," entgegnete er so kurz, wie sie es von ihm nicht gewohnt war. Ihre großen, blauen Augen sahen ihn erstaunt an. Doch sie sagte nichts. Gewiß hat ihn Franz wieder mit irgendeiner Bemerkung gekränkt, wie er ja immer tat, er ist eben noch genau derselbe geblieben, dachte sie.

Bald waren die jungen Leute zu Hause. Das Mittagessen verlief weniger heiter als sonst, da die nahe Trennung und die Abreise wie ein Druck auf den Gemütern lag. Trotzdem bemühte sich jeder, dem anderen sein Leid zu verbergen.

Nachmittags gingen Heino und Lina noch einmal durch den Park. Sie wanderten still an dem klaren Bach entlang, in ihre wehmütigen Gedanken versunken. Da kamen sie an die Stelle, an der vor Jahren Franz die kleine Lina durch das Wasser getragen. Beide blieben stehen. Drüben blühten, wie damals, in herrlicher Fülle, große, blaue Glockenblumen, die Lina immer so besonders liebte.

„Sieh, wie schön!" rief sie.

Das Erlebnis von damals stand plötzlich wieder lebendig vor Heinos Seele, und noch jetzt, nach fünf Jahren, kam ein Zorn über ihn, daß Franz das kleine Mädchen so ohne weiteres an das jenseitige Ufer getragen, während er müßig stehengeblieben war. In dem Augenblick vergaß er, daß er ja ein gebrechlicher, kraftloser Knabe gewesen. Es erwachte in ihm das unbezwingliche Verlangen, es Franz gleichtun zu können, und als Lina noch sinnend zu den blauen Glocken hinübersah, fühlte sie sich plötzlich emporgehoben. Die dachte vor Ueberraschung an kein Sträuben, und erst als sie drüben neben den Blumen zu Boden gesetzt wurde, rief sie erschrocken: „Aber Heini, du darfst doch so etwas nicht tun, das schadet dir!"

Er atmete schnell, und Schweißtropfen perlten ihm auf der Stirn, aber er lachte: „Du bist ja federleicht, und nach einer Pause: „Du bist mir doch nicht böse, Linchen? Damals sagtest du, du möchtest dich nicht tragen lassen, weißt du es noch?"

„Ja, das war damals Franz! Aber bei dir, Heini, ist das ja auch etwas anderes, von dir lasse ich mich ja gern tragen, aber es ist unverständlich, es kann dir schaden, und der Doktor würde es gewiß nicht erlauben. Aber schön ist's doch, daß du jetzt schon so stark bist!" Und sie sah bewundernd zu ihm auf. Die Blumen waren gepflückt; sie hielt den großen Strauß in ihrer Hand, die Abendsonne zitterte durch die Baumkronen und warf goldene Lichter auf das weiße Kleid und die blonden Haare des Mädchens, das sinnend in das vorüberfließende Wasser blickte. Auf der Spitze einer Edeltanne saß ein Fink und schmetterte sein Lied. In dem nahen Feldkiang das melancholische Flöten der Ammer.

„Willst du den Rückweg machen wie damals, oder darf ich dich wieder tragen?" fragte er.

„Ich fürchte nur, ich bin dir zu schwer," meinte sie zaghaft.

Da hatte er sie auch schon emporgehoben. Ihre Arme umschlangen seinen Hals. Sie fühlte sich so sicher und geborgen und schloß einen Moment lang die Augen.

(Fortsetzung folgt)

Uebertretungen und Vergehen **entscheidet** der Amtsrichter allein, unter gewissen Voraussetzungen auch bei Rückfallverbrechen. Im übrigen entscheidet das Schöffengericht, dessen Zusammensetzung nicht geändert wird. Nur ausnahmsweise sei besonders bedeutenden, aber umfangreichen Strafsachen wird noch ein zweiter Amtsrichter hinzugezogen. Gegen die Urteile des Amtsgerichts ist Berufung an die mit Berufsrichtern und Schöffen besetzten Strafkammern zulässig. Die Richter und Geschworenen entscheiden künftig über Schuld- und Straffragen gemeinschaftlich. In die Verordnung mit übernommen ist die wegen Ueberlastung des Reichsgerichts als erste Instanz notwendig gewordene Verordnung vom 12. 12. 23, die die Abgabe der Landesverrats- und Spionagesachen an das Oberlandesgericht anordnet. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. Dezember 1923, die für einen Teil der zur Zuständigkeit der außerordentlichen Gerichte gehörenden Sachen ein allgemein beschleunigtes Verfahren vor einem ordentlichen Gericht einführt, bleibt neben der Verordnung vom 4. Jan. bestehen. Werden die in der Verordnung vom 4. Jan. bezeichneten Straftaten in ein ordentliches Verfahren übergeleitet, so wird das Verfahren nach den allgemeinen Vorschriften der Strafprozeßordnung durchgeführt. Sobald die Verhältnisse es gestatten, wird die Verordnung vom 17. Dezember 1923 wieder aufgehoben.

—!— **Olpe**, 11. Jan. **(Die Reifeprüfung.)** In der Presse werden Besorgnisse wegen der künftigen Handhabung der geltenden **Reifeprüfungsordnung** geäußert in der Annahme, daß eine Verschärfung der Zulassungsbedingungen vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angenommen worden sei. Das ist, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, nicht der Fall und zwar auch nicht beabsichtigt. Der Ministerialerlaß vom 6. Dezember 1923, auf den mehrfach Bezug genommen wird, stellt lediglich die bisher geübte Praxis fest. Sollte infolge einer irrtümlichen Auslegung eine nachgeordnete Behörde eine davon abweichende Anordnung getroffen haben, so würde diese danach zu ändern sein. Eine Umgestaltung der Reifeprüfung, die neuzeitlichen pädagogischen Forderungen Rechnung trägt, ohne das Niveau unserer Bildung zu gefährden, ist im Ministerium in Vorbereitung.

!! **Olpe**, 11. Jan. **Postkarten**, die unter Benutzung gebrauchter Briefumschläge durch **Zusammenkleben zweier Papierblätter** hergestellt sind, sind jetzt vom Reichspostminister versuchsweise auch dann zur Postbeförderung zugelassen, wenn sie am oberen Rande mit einem schmalen Papierstreifen versehen sind, der auf der linken Hälfte einen Firmenaufdruck trägt. Papierblätter und Randstreifen müssen der ganzen Fläche nach aufgeklebt sein. Die Sendungen müssen auch sonst den Vorschriften der Postordnung entsprechen. Insbesondere dürfen die Karten in Form, Größe und Papierstärke nicht wesentlich von den amtlichen abweichen und nicht mehr als 8 Gramm wiegen.

)-(**Olpe**, 11. Jan. **(Erweiterte Erhebung von Verwaltungsgebühren.)** Auf Grund des preußischen Verwaltungsgebührengesetzes vom 29. September 1923 werden vom 1. Januar 1924 ab Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen der preußischen Staatsbehörden in bedeutend größerem Umfange als bisher erhoben. Die Bestimmungen hierüber sind, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, in der vom Staatsministerium erlassenen allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung vom 29. Dezember 1923 enthalten. Danach sind grundsätzlich alle Amtshandlungen gebührenpflichtig, die von Behörden im Privatinteresse vorgenommen werden, insbesondere die Erteilung von Auskünften, Bescheide auf Gesuche oder Anträge, abweisende Bescheide auf Beschwerden, Beglaubigungen. Die Gebühren werden in Goldmark berechnet.

(**) **Aus dem Amt Olpe**, 11. Jan. Sei einigen Tagen treibt sich in Rhode, Neger, Rehringhausen und Umgegend ein in Rhode **entlaufener junger Jahrochs** umher, der schon stark verwildert ist. In vorvergangener Nacht gegen 2 Uhr wurde das Tier auch auf der Frankfurterstr. in Olpe gesehen. Bis jetzt ist es nicht gelungen, den Ochsen einzufangen.

-- **Aus dem Kreise Olpe**, 11. Jan. Man schreibt uns: **Ein rechter Jäger — ist seines Wildes Pfleger!** Wie mancher Leser, der sich auch Jäger nennt, wird beim Lesen dieses Spruches sich beschämend sagen müssen, daß er als „rechter" Jäger nicht angesprochen werden könne. Wie manche andere Leser werden höhnisch die Behauptung aufstellen: Von der Sorte haben wir hier auch keine. Leider haben sie nur zu sehr Recht. Denn Pflege war doch wohl niemals mehr vonnöten als in der jetzigen Schnee- und Kälteperiode. Und was ist geschehen? Bis auf ganz verschwindend wenige Ausnahmen gar nichts. Manchem Nicht-Waidmann tat es weh, wenn er die restlichen Hühnervölker sah, wie sie verhungert und kältestarrend die Flügel hängen ließen und bittend bis in die nächste Nähe menschlicher Wohnungen kamen, und hat sich ihrer erbarmt. Wo aber war ein Waidmann zu finden, der hinausging und Futterstellen anlegte, wie es doch nur seine heilige Pflicht war? Man liest so häufig vom Jägers „Ehrenschild", wahrlich, wer wagt es, ihn rein emporzuheben? — Wir wollen hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, daß die Unterlassungssünden der Vergangenheit durch sorgsame Pflege in der Zukunft gesühnt werden.

Briefe an das S. V

Schupo und Schule in Olpe.

Olpe, 11. Jan. Man schreibt dem S. V.:

Seit Wochen schwirren Gerüchte durch unsere Stadt, die geeignet sind, große Beunruhigung in der Bevölkerung hervorzurufen. Es soll Schupo nach Olpe kommen, angeblich 100 oder 120 oder gar 160 Mann. Als Grund für die Verlegung der Schupo nach Olpe wird angegeben, daß die Schupo sich erholen müsse; gleichzeitig wird von allen Behörden hervorgehoben, daß die Olper Bevölkerung bislang auch ohne Schupo eine musterhafte Ruhe und Ordnung bewahrt habe. Demnach besteht also keine Notwendigkeit, die Schupo gerade nach, Olpe zu legen. Trotzdem wird die Bevölkerung die Schupoleute gerne willkommen heißen; aber sie, die zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung keine Schupo nötig hatte, muß ihrerseits verlangen, daß ihr durch die Unterbringung der Schupo keinerlei Schaden entstehen.

Und das ist, wenn die Gerüchte wahr sind, im höchsten Maße der Fall. Jeder, der selbst einmal Soldat war, weiß, daß Truppenteile, für die keine Kaserne vorhanden war, in Schulen untergebracht wurden. In zweiter Linie kamen allenfalls Turnhallen an die Reihe. Im übrigen aber wurden Schulen geschont, wegen der bösen Folgen, die eine Zusammenlegung oder Ausquartierung von Klassen nach sich zieht. Von diesem Standpunkt aus wurde auch das Verhalten der Franzosen, als sie bei ihrem vorigjährigen Einbruche in das Ruhrrevier Schulen beschlagnahmten, als Kulturschande gebrandmarkt. Und noch jüngst wurde von sehr hoher westfälischer Stelle erklärt, das erste, was man bei der französischen Besatzung zu erreichen sich bemühen müsse, müsse die Freigabe der Schulen sein. Aber in Olpe soll, wenn die Gerüchte richtig sind, von den eigenen deutschen Behörden die Unterbringung der Schupo in dem Gebäude der höheren Stadtschule und die Verlegung dieser Schule teils in die Volksschule, teils in das Seminar geplant sein.

Was würde die Folge einer solchen Maßnahme sein? Drei Klassen würde die Volksschule an die höhere Stadtschule abgeben müssen. Nun hat die Volksschule selbst 13 Klassen, aber nur 12 Klassenzimmer; also schon jetzt ist eine Klasse zuviel in der Volksschule untergebracht. Dieser unerfreuliche Zustand würde unerträglich werden, wenn noch 3 Räume an die höhere Stadtschule abgegeben wür-

Wirtschaftsteil.

Westfälische Großhandelspreise.

WTB **Münster**, 10. Jan. **(Telegr.)**

Die Preise verstehen sich je 50 Kg. in Originalpackungen ab Lager der Großhändler in Münster i. W.

Gerstengraupen 19,5, Haferflocken 18,5, Kochstärke 25,75, Roggenmehl 4,5, Weizengries 21,—, Hartgries 24,5, Weizenmehl 16,25, Auszugmehl 18,—, Victoriaerbsen 31,5, Grüne Erbsen 28,5, Bohnen, weiße 21,—, Linsen 46,—, Rüböl 49,—, Salatöl 62,5, deutscher Perlsago 31,—, Makkaroni, lose 52,5, Schnittnudeln 32,5, Burmareis 18,—, Siamreis 26,—, grober Bruchreis 16,—, Pflaumen 33,5, Korinthen 84,—, Rosinen 63,—, Sultaninen 88,—, Santoskaffe 1. 185,— dto. 2. 168,—, fein blauer Kaffe 235,—, Malzkaffee usw.30—40, Konkaffe, Seelig usw. 30—37, Ersatzmischung 20 Prozent Kaffee, 79,—, Kakaopulver, Konsumware 130,—, Tee in Kisten 375,—, Inlandzucker 41,5, Kunsthonig 51,—, Marmelade 1, 82,5, Marmelade Bierfrucht 55,—, Siedesalz in Säcken 5,75, Steinsalz in Säcken 3,35, Schmalz purelard 88,—, Margarine, handelsüblich lose 54,—, dto. Spezialmarke 61,—, Cornedbeef per Kiste 33—37,—, Speck, geſalzen 73, Holländer, vollfett 150—180,—, dto. halbfett 85—100,—, Norwegische Heringe 7—800 je Tonne 27,25, dto. Emdener 750—850 je Tonne 53,—, Zündhölzer je 100 Pack 26,5.

Der Ausgleich der Preise

ist eine bei der gegenwärtigen Lage besonders wichtige Angelegenheit. Wir können augenblicklich beobachten, daß die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse weit unter dem Friedenspreise stehen, während andererseits von der Landwirtschaft benötigte industrielle und sonstige Produkte weit über den Friedenspreis kosten. Um den nötigen Preisausgleich herbeizuführen, ist aus den Reihen des **Zentrums** bei der Regierung ein entsprechender Schritt erfolgt.

Herabsetzung der Gütertarife um 8 pCt.

WTB **Berlin**,, 10. Jan. **(Telegr.)**

Bei der Reichsbahn sind eingehende Untersuchungen angestellt worden über die Möglichkeit, die Eisenbahngütertarife herabzusetzen. Gegen die vom Reichsverkehrsminister als durchaus wünschenswert angesehenen Herabsetzungen der Eisenbahngütertarife sprechen sowohl die gegenwärtige Geldlage der Eisenbahn als auch die ungedeckt fortlaufenden Kosten der Ruhrbesetzung. Trotz dieser erheblichen Bedenken hat der Reichsverkehrsminister sich entschlossen, **am 20. Januar** eine Herabsetzung der Gütertarife um 8 Proz. eintreten zu lassen. Auch ein Teil der **Ausnahmetarife** wird **ermäßigt**, sofern nicht bei einzelnen Tarifen bereits größere Ermäßigungen aus der letzten Zeit vorliegen. Die Ermäßigung um gerade 8 Prozent ist aus technischen Gründen erfolgt. Die Untersuchung der Reichsbahn über die weitere Entwickelung der Eisenbahntarife fuhr, insbesondere der Seehäfentarife, für die weiteren Vergünstigungen für die Durchfuhr und Ausfuhr, insbesondere der Seehäfentarife, für die weitere Ermäßigungen in Vorbereitung sind. Der Reichsverkehrsminister will mit diesen Tarifermäßigungen den allgemeinen **Preisabbau fördern** und hofft, daß sie dazu beitragen werden, den **Verkehr zu beleben**, besonn Aufschwung die Wirtschaft als Folge der geschäftlichen Besserung erwartet.

Der erste Ausweis der deutschen Rentenbank.

Der **Vorstand** der Deutschen Rentenbank macht zu dem Monatsausweis nachstehende Ausführungen:

Kapital und Grundrücklage und dementsprechend die Belastung der Wirtschaft sind (nach § 2 der Verordnung vom 25. Oktober 1923) mit 3200 Millionen angeführt. Der Rentenbriefbestand ist am 31 Dezember 1923 mit 2400 Millionen ausgewiesen, entsprechend der zunächst nur bis zu dieser Höhe zulässigen Ausgabe von Rentenbankscheinen. Diese Zahl bedeutet die Mindestgrenze der Deckung, die nach den vorhandenen Unterlagen allein im unbesetzten Deutschland durch die Belastung der Wirtschaft mit Grundschulden und Schuldverschreibungen zu Gunsten der Rentenbank mit Sicherheit vorhanden ist. Um wieviel diese Mindestgrenze schon im unbesetzten Gebiet überschritten werden wird, wird die im Gange befindliche technische Durchführung der Belastung durch die Finanzämter ergeben. Der weitere erhebliche Zuwachs an **Deckung für Rentenbriefe**, den die Einbeziehung des alt- und neubesetzten Gebietes in die Rentenmarkverordnung bringen würde, kann erst nach Zulassung der Verordnung durch die Rheinlandkommission festgestellt werden. Diese Zulassung wurde bekanntlich bisher nicht ausgesprochen. Da zum Rückkauf der am 15. November 1923 vorhanden gewesenen Reichsschatzanweisungen nach den Mitteilungen des Reiches und der Reichsbank von dem unverzinslichen Kredit von 300 Millionen nur 200 Millionen benötigt wurden, wurde der Rest von 100 Millionen dem Reiche für andere Zwecke verzinslich zur Verfügung gestellt. Ueber diejenigen Beträge, die die Reichsbank, sei es aus eigenen Beständen, sei es aus Mitteln der Rentenbank, bis Ende Dezember der Wirtschaft als Kredite gab, liegen noch keine Angaben vor. Im übrigen wird auf die Wochenausgabe der Reichsbank verwiesen.

Was wird aus der rheinisch-westfälischen Bank?

Die **französischen Unterhändler** und **Tirard** selbst haben die deutschen Voraussetzungen für die Zustimmung zur Gründung einer rheinisch-westfälischen Bank bekanntlich **abgelehnt**. Sehr bezeichnend ist die Tatsache, daß insbesondere die Forderung der Reichsregierung, daß diese Bank bei Schaffung eine zentralen Goldnotenbank in diese letztere überführt werden müsse, abgelehnt worden ist. Dieser Umstand verstärkt die Bedenken, die schon immer gehegt werden mußten, daß nämlich Frankreich diese rheinische Bank als eine Vorstufe für eine eigene rheinische Währung betrachten wäre. Es wäre für uns selber von ausschlaggebender Bedeutung gewesen, wenn von Frankreich die Zulassung gestattet worden wäre. Nachdem die Voraussetzungen, von denen wir unsere Zustimmung abhängig machten, nicht erfüllt worden sind, wird die Stellungnahme des Kabinetts aus dieser Tatsache bei der jetzt bevorstehenden Beschlußfassung über diese Dinge entscheidend beherrscht sein Sollte die Reichsregierung gezwungen werden, diese Bank zuzulassen, sollte diese Bank also gegen den Willen der Reichsregierung errichtet werden, so würde lediglich französisches und belgisches, aber kein anderes Ententekapital an ihr beteiligt sein können. England hat ohnehin eine Beteiligung an dieser Bank abgelehnt, und steht auch aus politischen Gründen dem ganzen Projekt durchaus ablehnend gegenüber. Die Reichsregierung wird in diesen Tagen mit Vertretern des Rheinlandes, und namentlich der rheinischen Wirtschaftskreise erneut über diese Fragen eingehend verhandeln. Es werden ohnehin die Beratungen des Reichskabinetts in den nächsten Tagen fast ausschließlich mit den Fragen der besetzten Gebiete sich zu beschäftigen haben.

WTB **Berlin**, 10. Jan. Nach der B. Z. ist Kommerzienrat **Louis Hagen** mit andern Mitgliedern des Gründungskonsistoriums der geplanten rheinisch-westfälischen Bank **in Berlin** eingetroffen, um die Beschlüsse des Reichskabinetts kennen zu lernen.

Unveränderter Silber-Ankaufspreis.

Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 7. Januar 1924 ab bis auf weiteres unverändert zum 400milliardenfachen Betrage des Nennwertes.

Wucherprozesse gegen Banken.

Die Berliner Wucherpolizei hat gegen etwa 60 Banken Anzeige wegen Wuchers, insbesondere wegen des sogenannten „Leistungswuchers" veranlaßt. Die Anzeigen gründen sich auf nach vielen tausenden zählenden Beschwerden aus dem Publikum über **ungerechtfertigt hohe Zins- und Provisionssätze** der Banken, die im Effekte wucherischen Charakter hätten. Die Banken machen geltend, daß sie bei den großen, durch die Inflation hervorgerufenen Anspannungen unvorhergesehene Ausgaben gehabt hätten, die auf die Kunden hätten abgewälzt werden müssen. Man darf dem Ausgang dieser Dinge mit Interesse entgegensehen. Inzwischen haben die Banken allerdings ihre Bedingungen wesentlich gemindert, und sie **bemühen sich wieder um kleine Kundschaft.**

Sparsamkeit in der Verwaltung.

Die überaus ernste Finanzlage des Reiches und der Länder, die auch zu schwerwiegenden Eingriffen in die bestehende Gerichtsverfassung und das gerichtliche Verfahren genötigt hat, erheischt auf sämtlichen Gebieten der Rechtspflege und der Justizverwaltung bis zu einer Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse die unbedingte **Herabminderung aller Ausgaben.** Die der Justizverwaltung für die Zeit bis Ende März 1924 noch zur Verfügung stehenden Mittel sind so knapp bemessen, daß sie selbst zur Deckung solcher Ausgaben nicht zureichen werden, die unter gewöhnlichen Verhältnissen noch als unbedingt erforderlich angesehen worden wären. In einer allgemeinen Verfügung macht es deshalb, wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, der Justizministers allen Behörden und Beamten zur Pflicht, darauf zu achten, daß durch ihre Maßnahmen nicht Ausgaben veranlaßt werden, die zur **Aufrechterhaltung der Rechtspflege und der Justizverwaltung** für die allernächste Zeit **nicht unabweislich** geboten sind. In diesem Zusammenhange werden gestannt alle Neuanschaffungen, Ausbesserungsarbeiten usw., Dienstreisen und Versetzungen und eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiete der Strafanstaltsverwaltung.

Schwierigkeiten bei der dritten Steuer-Notverordnung.

Wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, hat das Reichskabinett über den Entwurf der dritten Steuer-Notverordnung noch nicht Beschluß fassen können. Diese Notverordnung behandelt unter anderem das sogenannte **Aufwertungsverbot, für die Hypotheken** einerseits und dem **Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden** andererseits. Bei der süddeutschen Reise des Reichsfinanzministers hat sich nun ergeben, daß die Einzelstaaten recht erhebliche Bedenken gegen die beiden eben angedeuteten Probleme hegen. Infolgedessen hat sich die Reichsfinanzverwaltung veranlaßt gesehen, eine Umarbeitung des ursprünglichen Entwurfs vorzunehmen. Voraussichtlich wird sich nicht nur eine Umgestaltung in Einzelheiten, sondern auch in der prinzipiellen Grundlage ergeben, sodaß nicht damit zu rechnen ist, daß diese dritte Steuernotverordnung in den nächsten Tagen schon herauskäme. Was im besonderem den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern und Gemeinden angeht, so sind noch Verhandlungen darüber zu führen, welche eigenen Steuerquellen die Länder nutzbar machen wollen, um die ihnen obliegenden Bedürfnisse, die seither vom Reich befriedigt wurden, in Zukunft zu erfüllen. Mit der Schaffung eigener Finanzverantwortlichkeit werden auch wesentliche organisatorische Umgestaltungen in den einzelnen Ländern verbunden sein müssen. Das Prinzip der zentralen Steuergesetzgebung und Steuerverwaltung wird unter Zustimmung der Länder auch weiterhin beibehalten.

Angestelltenversicherung.

A. Gehalts- und Beitragsklassen vom 1. Januar 1924 ab:

Gehaltskl.	monatlicher Entgelt von mehr als	bis zu	Mon.-Beitr.
A	—	50 R.-Mk.	1,50 R.Mk.
B	50 R.-Mk.	100 „	3,— „
C	100 „	200 „	6,— „
D	200 „	300 „	9,— „
E	300 „	—	12,— „

Für die Zeit vom 1. Januar 1924 ab dürfen Marken der früheren Klassen nicht mehr verwendet werden, sondern nur noch Marken der neuen Klassen A bis E zu den obigen Preisen.

Für die Zeit vor dem 1. Januar 1924 werden Marken der früheren Klassen nicht mehr abgegeben. Soweit Beiträge noch rückständig sind, müssen die neuen Marken gekauft werden. Das gleiche gilt für die freiwillige Versicherung.

Die Marken der Klassen 44 bis 50 werden von der Post bis zum 31. Januar 1924 umgetauscht. Dabei werden sie zum hunderttausendfachen Betrage des aufgedruckten Geldwertes, d. h. zum letzten Verkaufspreise (1680 bis 10 240 Milliarden Mark) angerechnet.

B. Versicherungspflichtgrenze.

Für November betrug für die Versicherungspflicht die Höchstgrenze des Monatseinkommens 100 Billionen Mark. für das besetzte Gebiet, das Einbruchsgebiet und diejenigen Randbezirke, in denen besondere Vorschriften für die Erwerbslosenfürsorge bestehen, 133,333 Billionen Mark.

Vom 1. Dezember ab beträgt die Höchstgrenze des Monatseinkommens für das ganze Reich 333,33 Goldmark.

Wer die Versicherungspflichtgrenze überschreitet, scheidet erst mit dem ersten Tage des vierten Monats nach diesem Zeitpunkte aus der Versicherungspflicht aus.

Zur Prüfung der Versicherungspflicht werden bei Berechnung des Arbeitsverdienstes Zuschläge, die mit Rücksicht auf den Familienstand gezahlt werden (Frauen-, Kinder- und ähnliche Zuschläge), nicht angerechnet. Ergibt sich ohne diese Zuschläge Versicherungspflicht, so sind Beiträge nach der jeweils höchsten Gehaltsklasse zu leisten.

C. Entrichtung der Beiträge.

Die Marke ist spätestens am Schlusse des Monats **in die Versicherungskarte einzukleben. Steht zu diesem Zeitpunkte der Entgelt noch nicht fest, so ist der Beitrag nach demjenigen Entgelt zu berechnen, der bis dahin vorschußweise gezahlt worden ist oder geschätzt wird.**

D. Alle in der Angestelltenversicherung erworbenen Anwartschaften gelten bis zum 31. Dezember 1922 als aufrechterhalten.

E. Bei jeder Postanstalt erscheinen regelmäßig grüne Aushänge der Angestelltenversicherung. Es wird dringend empfohlen, diese Anschläge zu beachten.

Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Berliner Fruchtmarkt.

() **Berlin**, 10. Jan. Nachdem sich am 8. d. M. nachmittags der Preisrückgang am Getreidemarkte noch kräftig fortgesetzt hatte, schien gestern die Stimmung **etwas beruhigt** zu sein. Doch fehlte es nicht an weiterem Angebot von auswärts, so daß die Verkaufslust die Neigung zu Käufen wieder übertraf. Bei Roggen scheinen die Ankäufe der Reichsgetreidestelle aufgehört zu haben; dadurch findet dann die Preissenkung ihre Erklärung. Das Mehlgeschäft ist schwierig geworden; die erste und zweite Hand waren heute in ziemlich stärkerem Umfange Verkäufer, so daß die Preise weiter zurückgingen. Weizen blieb ziemlich still und wurde noch billiger als tags zuvor gehandelt; das trifft auch auf Hafer zu. Für Gerste zeigte sich bei behaupteten Preisen zu Futterzwecken, ferner für Röstereien und Brauereien etwas Kaufluft.

Amtlich wurden folgende Preise festgesetzt: **Getreide- und Oelsaaten** für die 1000 Kg., sonst für die 100 Kg. ab Station. **Weizen**, märk., **156—158, Roggen**, märk., 140—142, pommerscher 138—139, **Gerste**, märk. Sommer, 165—168, **Hafer**, **märk.**, 112—118, pommerscher 108—110, schlesischer 106 bis 108, **Mais**, waggonfrei Hamburg, 169—171, **Weizenmehl** 24,75—28,25, Roggenmehl 23,25 bis 26, Weizenkleie 7,80—8, Roggenkleie 7,60—7,80, **Raps** 2,80, Leinsaat 450—460, Viktoriaerbsen 38—40, kleine Speiseerbsen 20—24, Futtererbsen **16—17**, Peluschken 14—15, Ackerbohnen 12—14, Wicken 15 bis 16, **Lupinen**, blaue, 14—16, gelbe 15—17, Serradella 16—18, **Rapskuchen** 11,50, Leinkuchen 25—26, Torfmelasse 8, Trockenschnitzel 8,20—8,30, Zuckerschnitzel, helle vollwertige, 18 bis 22, Kartoffelflocken 18.

Für **Rauhfutter** wurden folgende Preise (in Goldmark) festgesetzt: drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,80, desgl. Haferstroh 0,50—0,70, desgl. Gerstenstroh 0,50—0,65, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 0,40—0,50, gebündeltes Roggenlangstroh 0,40—0,50, Häcksel 1,20—1,40, handelsübl. Heu 1—1,10, gutes Heu 1,20—1,40. Alles, die 50 Kg. ab Station.)

den; dann wären für 13 Volksschulklassen nur 9 Schulräume vorhanden. Und da soll ein ordnungsmäßiger Unterricht möglich sein? Und gerade den braucht die heutige Jugend mehr als je.

Die höhere Stadtschule aber würde bei Ausführung des Planes zerrissen, die Einheit dieser Schule zerstört, das Leben der Schule würde leiden. Unüberwindliche Schwierigkeiten türmten sich auf. Und trotz aller Bemühungen des Lehrerkollegiums der höheren Stadtschule, würden Schädigungen der Schüler unvermeidlich sein. Und das würde desto schlimmer sein, weil die höhere Stadtschule die einzige Schule in Olpe ist, die nach dem Lehrplane alterprobter und bewährter höherer Schulen, des Gymnasiums und Realgymnasiums, unterrichtet.

Zu den Leidtragenden würde ferner die gewerbliche Fortbildungsschule gehören. Deren Zeichenlehrgang ist im Gebäude der höheren Stadtschule untergebracht. Ueber seine Unterbringung im Falle einer Besetzung dieses Gebäudes durch Schupo verlautet noch garnichts. Soll er vielleicht eingehen?

So zeigt sich eine gewaltige Schädigung des gesamten städtischen Schulwesens. Diese aber ist in der heutigen Zeit doppelt gefährlich. Gerade heute ringt sich überall die Ansicht durch, daß jeder in unserem Volke, mehr leisten muß. Das läßt sich zunächst durch Erhöhung der Arbeitszeit erreichen, aber unbegrenzt erhöhen kann man die Arbeitszeit auch nicht. Da bleibt noch die Möglichkeit, den einzelnen fähig zu machen, seine Arbeiten schneller zu erledigen. Die Voraussetzung dafür ist eine gründliche Schulbildung, und die wird durch eine etwaige Durchführung des oben behandelten Planes verhindert. Aber da sagt ein Leser: Der Plan geht doch! Ja, er geht, wie die Lebensmittelzwangswirtschaft im Kriege ging oder die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, die gerade jetzt zusammenbricht. Die Olper Bevölkerung aber möchte nicht ähnliches auf dem Gebiete der Schule erleben, daher die Unruhe! Die zuständigen Behörden aber könnten die ganze Unruhe durch die Erklärung, daß eine Beschlagnahme von Schulen für die Unterbringung der Schupo unter keinen Umständen in Frage komme, mit einem Schlage beseitigen. Die Schupo aber, könnte anderweitig in Olpe untergebracht werden, oder, wenn sich in der Stadt Olpe wirklich kein geeigneter Platz finden sollte, in einem anderen Orte des Kreises mit besseren Unterbringungsmöglichkeiten, da die Olper Bevölkerung durch ihr Verhalten keine Veranlassung zum Einrücken der Schupo gegeben hat. Unseren Mitbürgern aber rufen wir zu: Mitbürger, denkt an Eure Kinder und ihre Zukunft!

Mehrere Bürger der Stadt Olpe.

Russische Zustände an der Imbergstraße.

Olpe, 10. Jan. Man schreibt dem S. V.:

Es ist an dieser Stelle schon einmal von den „Mißständen an der Imbergstraße" die Rede gewesen, ebenso ist zu wiederholten Malen das bekannte Sprichwort: **Ein jeder kehre vor seiner Tür** zur Beherzigung in Erinnerung gebracht worden. Ein Erfolg solcher wohlmeinenden Ausführungen ist allerdings nicht im geringsten wahrzunehmen gewesen. Von den allgemeinen Schneemißständen in der Stadt, die bei einigem **guten Willen** sehr wohl hätten beseitigt werden können, ganz zu schweigen, sei nur noch einmal als charakteristisch auf die stiefmütterlich behandelte **Imbergstraße** hingewiesen. Die jetzt alles verhüllende Schneedecke läßt auf ihrem weißen Hintergrund das **häßliche Gesicht** der Straße um so nachhaltiger erscheinen. An fast jedem Hause sind die Spuren davon bemerkbar, daß Asche u. Küchenabfälle **aus den Fenstern** auf die Straße geschleudert werden; ein ekelerregender und durchaus unhygienischer **Morast** von Küchenabfällen usw. zeichnet sich bei dem jetzt herrschenden Tauwetter durch einen weit wahrnehmbaren **üblen Geruch** aus; ein penetranter Geruch, der dem bräunlich gefärbten Schnee unter den Schlafzimmerfenstern einer Stelle entströmt, veranlaßt die Passanten, einen Bogen um diese Dungstätte zu machen, um nicht Gefahr zu laufen, auch einmal zur Unzeit mit der bekannten [illegible] Flüssigkeit übergossen zu werden. Schreien diese russischen Zustände nicht nach Abhilfe? Auf den gesunden **Menschenverstand** und das persönliche **Feingefühl** des gegen die elementarsten Anstandsregeln Verstoßenden scheint nach den bisherigen Erfahrungen kaum zu rechnen sein, und es wäre somit der Polizei auch einmal Gelegenheit geboten, sich zu betätigen.

* **Lippborg**, 10. Jan. **(Weidmannsheil.)** In der Jagd des Grafen von Galen in Lippborg fanden an zwei Tagen Treibjagden statt. Am ersten Tage kamen über 400 Stück und am zweiten Tage etwa 200 Stück Wild zur Strecke.

Letzte Telegramme.

WTB **Wien**, 10. Jan. Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse" hat die **österreichische Kreditanstalt** für Handel und Gewerbe für die Feldküchenaktion in Berlin **10 Millionen Kronen** gestiftet.

WTB **Berlin**, 10. Jan. Der Lokalanzeiger meldet, **ein Haftbefehl gegen Dr. von Bremer** sei erfolgt, weil er Reichswehrangehörige zum Ungehorsam gegen Vorgesetzte aufgefordert habe. Dies sei in einem Briefe an Bekannte geschehen, worin er gesagt hat, kein anständiger Mensch dürfe mehr mit Angehörigen der Reichswehr verkehren wegen ihres schandhaften Verhaltens anläßlich der Vorgänge am 9. November.

WTB **Berlin**, 10. Jan. Nach dem Vorwärts wird im Anschluß an die internationale **Erziehungskonferenz** in Hannover das Exekutivkomitee der **sozialistischen Jugendinternationale** zusammentreten.

WTB **Solingen**, 10. Jan. Die Betriebsräte der **freien Gewerkschaften** haben, nachdem die Arbeitgeberverbände die Tarife [illegible] Metallindustrie gekündigt hatten, beschlossen, am Freitag in den Generalstreik zu treten. Als Grund für den Beschluß wird der **Schutz des Achtstundentages** angegeben. Die Organisationen der Heimarbeiter und der **christlichen Gewerkschaften** und der Solinger Arbeitnehmerverbände haben sich diesem Beschluß der Betriebsräte **nicht** angeschlossen.

WTB **München**, 10. Jan. In Berndorf (Niederbayern) **nahm die Polizei etwa 60 Personen wegen Verschiebung von Hartgeld fest.** Die Verhafteten stehen im Verdacht, Gold-, und Silbergeld nach Berlin und der Schweiz verschoben zu haben.

Briefkasten.

Nr 203. Eine Beschwerde ist zwecklos. Sie sind zum Reinigen des Bürgersteiges ebenso verpflichtet, wie zum Streuen von Asche oder dergleichen bei Glatteis.

A. **Olpe**. Sie fragen an, weshalb die Post nicht auch wie die Reichsbank den eingeschränkten Schalterdienst aufgibt, und beklagen sich darüber, daß namentlich abends schon um 6 Uhr die Postschalter geschlossen sind. Weshalb diese Einrichtung heute noch beibehalten wird, wissen wir nicht. Im Interesse des Publikums läge es jedenfalls, wenn der Schalterdienst wieder bis 7 Uhr ausgedehnt würde.

Verantwortlicher Schriftleiter Paul Fischer.
Druck und Verlag F. X. Ruegenberg.

II. Konzert
in der Seminaraula.
Sonntag, den 13. Jan., 5 Uhr nachm.,
Liederabend.
Amalie Merz-Tanner-München (Sopran).
Am Flügel: Musikdirektor Weisbach-Hagen.
Schubert, Schumann, Brahms, Wolf.
Vorverkauf der zum Eintritt berechtigenden Programme von Donnerstag, dem 10. Januar ab zu Mk. 1,80 in der Ruegenberg'schen Buchhandlung. Schülerkarten zu Mk. 0,50 im Seminar.
Ende 6½ Uhr.

Gebrauchte, gut erhaltene (jf72
Remington-Schreibmaschine
preiswert zu verkaufen.
Gottfr. Marx, Olpe.

Junger
Fahrochs,
Farbe schwarz-weiß,
— **entlaufen.** —
Auskunft erbittet (j86
Philipp Kleine, Rhode

Für sofort älteres, gut empfohlenes
Mädchen
gesucht. (j87
Frau Dr. Schildbach, Olpe, Kölnerstraße 39.

Die glückliche Geburt eines gesunden
Manfred
Stammhalters
zeigen in dankbarer Freude an (jf88
Max Alterauge u. Frau
Anne geb. Willeke
Drolshagen, den 10 Januar 1924.

Kaufe fortwährend
hies. Roggen und Hafer
zu Tagespreisen,
auch tausche Hafer gegen Weizenmehl.
Konrad Kich
Mühle Drolshagen.



Todes-Anzeige.

Heute abend 6¼ Uhr entschlief sanft und gottergeben nach längerem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, Herr
Franz Gastreich
im Alter von 61 Jahren, mehrere Male gestärkt durch die Heilsmittel unserer hl. Kirche.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Franz Gastreich
Regina geb. Koester.
Olpe, Münster, Castrop und Witten, den 10. Januar 1924.
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3¼ Uhr vom Sterbehause Martinstraße aus statt.
Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen Abstand nehmen zu wollen.
Freitag und Samstag abend wird in der Waisenhauskapelle für den lieben Abgestorbenen gebetet.

Sung! Meggen Sung!
Am Mittwoch, dem 16. Januar, mittags 2 Uhr,
beginnt im Hotel Schmelzer in Meggen ein 2wöcher
Bügelkursus
in Herrenstärkewäsche.
Anmeldungen werden am Montag Mittag von 2—5 Uhr daselbst entgegengenommen. Es wird in allen Zweigen gründlicher Unterricht erteilt. Eisen werden gestellt.
Paula Schmeck
(jf73) Kreuztal, Bergstraße 14.

KL
Kaiserhof- Olpe i. Westf. **Lichtspiele** Martinstr. 24
Samstag, den 12. und Sonntag, den 13. Januar
Der Zirkuskönig
III. Teil.
Die Schmuggierinsel.
6 atemberaubende Akte.
Der Mann aus Zelle 19.
Sensations-Ausstattungsdrama in 6 Akten mit Ernst Rückert, Josef Berger, Carla Ferra usw
Anfang: Samstag und Sonntag abend 8½ Uhr
Sonntag nachmittag 4½ Uhr. (jf85

Schäfte!
Habe einen Posten folgender Schäfte billig abzugeben:
Damen-Rindleder-Schäfte mit Futter, Ia leichtes Rindleder, Nr. 36 bis 42, pro Paar 4 M., Herren-Rindlederschäfte m. Futter, für Sonn- und Werktag geeignet, Nr. 42 bis 45 pro Paar 4.50 M.
Empfehle mich ferner in allen Sorten Schäften in bester Ausführung.
Franz Koch, Olpe,
(j88) Schäftemacherei.

Ich kaufe laufend jeden Posten
Brennholz
Buchenstammholz
Eichenstammholz
Tannen- u. Fichtenstangen etc.
und erbitte Angebote.
Carl Bender, Holzhandlung,
Siegen i/W., Amdtsr. 11.
(jf74) Tel. 1040 u. 1724.

Ruhrkohlen u. Koks
prompt lieferbar. (jf75)
Ebert & Co., Kohlengroßhandlung., Betzdorf-Sieg.
Telef. 98 u. 99 Telegr. Ebertsco.
Generalvertretung der Gewerkschaft Dahlbusch.

Möbliertes Zimmer
in Olpe von Beamten gesucht. Mit oder ohne Pension. (jf84
Gefl. Angebote an **Zollamt Olpe** erbeten.

Tüchtiger
Vertreter
— für den Kreis Olpe —
gegen Provision oder auf eigene Rechnung sofort gesucht.
Bewerbungen wolle man umgehend an uns richten. (jf79)
Cigarrenfabrik Gründling & Bätzel
Michelbach in Unterfranken.

Kaufe laufend
Grubenhölzer
aller Dimensionen oder dazu passende
Waldbestände.
Hub Reuter
Lichtringhausen-Attendorn
(z95) — Fernruf 181 —

Geldschränke und Einmauerschränke
(Fabrikat Pelz)
empfiehlt
Heinrich Clemens, Olpe i. W.
Winterbergstr. 4 Telephon 272
B 31

Eine noch sehr gut erhaltene
Drehbank
(Drehlänge 1400 mm, Spitzenhöhe 165 mm), hat preiswert abzugeben.
Schriftliche Anfragen unter Nr. j†64 sind zu richten an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Maßschäfte
werden schnell u. sauber angefertigt. Garantie für gute Paßform.
Heinr. Reperich,
Schäftemacherei,
Olpe, Winterbergstr. 53.

Jüngeres
Mädchen
für meine Schäftemacherei und einen
Jungen
für's Geschäft sucht (j89
Franz Kob, Olpe
Lederhandlung.

Das Deutsche Umsatzsteuer- und Kassenbuch,
unentbehrlich für Gewerbetreibende und Landwirte. Zu haben bei (jf5
Gebr. Clemens, Olpe, Martinstraße.